

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Einzelnummernpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. D. P. Scheffler, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Rönnekeischen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanfragen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

### Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1914.

#### I. Streiks und Aussperrungen.

Als in den ersten Augusttagen das heute noch immer wütende entsetzliche Völkerringen begann, mußten die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eingestellt werden. Einmal war das bedingt durch die Störung des Wirtschaftslebens und zum andern erforderte es die durch den Krieg hervorgerufene innere Lage Deutschlands. Und doch wäre schon in den ersten fünf Kriegsmontaten eine Lohn-erhöhung für die große Masse der deutschen Holzarbeiter notwendiger denn je gewesen. Die sprunghafte und vielfach durch nichts gerechtfertigte ungeheure Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel raubte für viele Holzarbeiter die Möglichkeit zu einer nur einigermaßen menschenwürdigen Existenz.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1914 erstreckten sich somit eigentlich nur auf die sieben Monate vor Kriegsausbruch. Es kann daher nicht verwundern, wenn der Umfang der Lohnkämpfe erheblich hinter dem des Vorjahres zurücksteht. Unsere Statistik umfaßt diesmal 448 Lohnbewegungen mit 24 989 Beteiligten. Im Jahre 1913 führte unser Verband 696 Lohnbewegungen, an denen 85 188 Personen beteiligt waren. Die Differenz beträgt demnach bei den Bewegungen 248 und 60 199 bei den beteiligten Personen. Diese große Ungleichheit in den Zahlen der beteiligten Personen ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahr keine allgemeine Tarifbewegung wie im Frühjahr 1913 stattfand, an der allein etwa 50 000 Personen beteiligt waren. Fast die Hälfte der im Jahre 1914 geführten Lohnbewegungen waren Abwehrstreiks und Aussperrungen. Daraus geht hervor, daß die Arbeitgeber eifrig bemüht waren, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. In zwölf Fällen handelte es sich sogar um eine Verschlechterung der tariflich festgelegten Arbeitsverhältnisse. Aber nicht in allen Fällen glückte den Arbeitgebern ihr Vorhaben. Von 80 Abwehrstreiks waren 27 für uns erfolglos und von zwölf Aussperrungen neun. Und der Erfolg der Arbeitgeber würde noch viel kleiner sein, wenn wir infolge des Krieges nicht 37 Lohnbewegungen abbrechen mußten, von denen elf Abwehrstreiks und vier Aussperrungen waren.

Bei der im Jahre 1914 zutage getretenen Sucht der Arbeitgeber nach Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist es uns nicht in dem Maße wie in den letzten Jahren gelungen, unsere Lohnbewegungen ohne Streik zur Durchführung zu bringen. Von den an den Gesamtbewegungen beteiligten Personen wurde für 64,1 Prozent im Jahre 1913. Ueber die Zahl und Art der im Berichtsjahr geführten Lohnbewegungen unterrichtet folgende Zusammenstellung. Es wurden geführt:

Angriffstreiks	116 mit 4 084 Beteiligten
dabei ohne Streit bewilligt	für 112 "
Abwehrstreiks	80 mit 3 231 "
Aussperrungen	21 " 1 618 "
Angriffsbewegungen ohne Streit	209 " 15 531 "
Abwehrbewegungen ohne Streit	22 " 413 "

Zusammen Lohnbewegungen 448 mit 24 989 Beteiligten  
Nicht alle diese Bewegungen brachten den erwünschten Erfolg, aber die überwiegende Mehrzahl der Lohnkämpfe wurde zu unseren Gunsten beendet. So waren ganz oder teilweise erfolgreich von den Angriffsbewegungen 68 Prozent mit 66 Prozent der Personen, von den Abwehrbewegungen 67 Prozent mit 82 Prozent der Personen und von den Aussperrungen 57 Prozent mit 48 Prozent der Personen. Als Gesamtergebnis der im Jahre 1914 geführten Lohnkämpfe wurde erzielt:

Für 6185 Kolleginnen und Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um zusammen 10 575 Stunden oder durchschnittlich 1,7 Stunden pro Woche und für 16 196 Kolleginnen und Kollegen eine Lohnerhöhung um zusammen 26 641 Mk. oder durchschnittlich 1,64 Mk. pro Woche.

Außerdem wurde noch erreicht in 24 Fällen eine Ueberstundenzulage, bei 19 Bewegungen die Festsetzung von Montagezuschlägen, in je sechs Fällen eine Lohngarantie bei Akkordarbeit und Anerkennung von Mindestlöhnen, in zwei Fällen Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, je einmal Krankengeldzuschuß und Abschaffung von Kost und Logis usw. Ferner können wir bei den Abwehrkämpfen als Erfolg buchen die Zurückweisung einer Arbeitszeitverlängerung um durchschnittlich 1,2 Stunden für 119 Personen und einer Lohnkürzung um 2,94 Mk. für 1367 Personen. Gegenüber diesen Erfolgen will es wenig besagen, daß in einigen Fällen den Arbeitgebern es doch gelungen

ist, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Für uns müssen diese Erfolge der Arbeitgeber ein doppelter Ansporn sein, unermüdet für den Ausbau unseres Verbandes zu wirken, damit in Zukunft alle Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt und an ihrer Stelle neue Verbesserungen für die Arbeiter erzielt werden können.

#### II. Tarifverträge.

Die anormalen Verhältnisse des Jahres 1914 haben naturgemäß auch die Entwicklung unserer Tarifverträge beeinflusst. In der Holzindustrie wird der Tarifgedanke erst seit wenigen Jahren planmäßig gefördert. Aber von Jahr zu Jahr gewann die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen an Umfang und Bedeutung. Der Krieg hat nun aber auch hier hemmend gewirkt. Den Stand der Tarifverträge jeweils am Jahresluß veranschaulicht nachstehende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Für Betriebe	Zahl der unter die Verträge fallenden Arbeiter
1907	454	11 039	93 643
1908	465	10 259	85 699
1909	493	11 251	92 280
1910	679	11 797	113 602
1911	948	13 699	132 025
1912	1095	14 336	144 656
1913	1135	14 990	149 123
1914	1120	14 939	147 067

Von den am Jahresluß 1913 vorhandenen Verträgen wurden im Laufe des Jahres 1914 insgesamt 215 Verträge für 2003 Betriebe mit 19 489 Beschäftigten erledigt. Davon sind 88 Tarifverträge nicht wieder erneuert worden. In der Hauptsache handelte es sich bei diesen Verträgen um solche, die vor Kriegsausbruch gekündigt worden waren, in Folge des Krieges aber nicht erneuert werden konnten. Nach unserer Annahme würden in normalen Zeiten von diesen 88 Verträgen mindestens 56, die für 245 Betriebe mit 4494 Personen Geltung hatten, erneuert worden sein. Zu diesen Verträgen gehören u. a. folgende: Berlin, Riffenmacher mit 688 Personen; Eilenburg, Pianofortefabrik mit 638 Personen; Hagnau, Möbelfabrik mit 70 Personen; Johannegeorgenstadt, Tischler mit 346 Personen; Landsberg, Holzbearbeitungsfabrik mit 216 Personen; Schwerin, Pianofabrik mit 78 Personen, und Zwickau, Wagenfabrik mit 90 Personen.

Im Berichtsjahr sind insgesamt in Kraft getreten 200 Tarifverträge für 1952 Betriebe mit 17 433 Beschäftigten. Die große Mehrzahl dieser Verträge ist auf friedlichem Wege ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen worden. Im einzelnen erfolgte der Abschluß:

	Verträge	Anzahl der Betriebe	Beschäft. insgef.	Person. darunt. Verb.-Mitgl.
Bei friedlichen Lohnbewegungen	169	1540	14554	12055
Infolge Streit oder Aussperrung	18	117	1088	950
Teils friedlich, teils infolge Streit	13	295	1791	1434

Die 13 Verträge in der letzten Gruppe wurden in 158 Betrieben mit 825 Beschäftigten infolge friedlicher Verständigung zur Durchführung gebracht, während in den restlichen 137 Betrieben mit 966 Beschäftigten eine Arbeitseinstellung erforderlich war. Bei 15 der letzteren Betriebe handelte es sich um Anerkennung des Schiedsspruchs vom Frühjahr 1913.

Der durchschnittliche Geltungsbereich des einzelnen Vertrages hat sich gegen das Vorjahr nur in bezug auf die Betriebe unwesentlich verändert. Im Jahre 1914 kamen auf einen Vertrag im Durchschnitt 13,2 Betriebe und 131,3 Personen; im Jahre 1913 13,3 Betriebe und 131,3 Personen. Fast die Hälfte aller Verträge, nämlich 558 oder 49,8 Prozent, sind für je einen Betrieb abgeschlossene Firmenverträge, die jedoch nur 17,2 Prozent der tariflich gebundenen Personen umfassen. Im übrigen ergibt sich der Geltungsbereich der Verträge aus der folgenden Zusammenstellung:

Betriebe	Verträge	Insgesamt Betriebe	Personen
1	558	558	25 323
2 bis 5	156	514	9 287
6 " 10	126	961	8 258
11 " 20	135	2 000	13 586
21 " 50	87	2 783	21 428
51 " 100	36	2 410	14 635
101 " 200	14	1 933	14 170
über 200	8	3 780	40 380
Zusammen	1 120	14 939	147 067

Der wesentlichste Inhalt unserer Tarifverträge sind Bestimmungen über Arbeitszeit und Löhne. Die wöchentliche

Arbeitszeit ist in 1091 Verträgen für 14 875 Betriebe mit 145 730 Personen festgelegt. In 29 Verträgen für 64 Betriebe mit 1328 Beschäftigten ist die Arbeitszeit nicht vereinbart. Es handelt sich hier meistens um Verträge für Einzelbetriebe, für die die Arbeitszeit durch Arbeitsordnung geregelt ist. Die Dauer der Arbeitszeit weist in den einzelnen Verträgen noch erhebliche Unterschiede auf; sie schwankt zwischen 48 und 66 Stunden pro Woche. Im Jahre 1913 wurden fünf Verträge für zehn Betriebe und 234 Arbeiter mit einer 48stündigen Arbeitszeit gezeichnet. Unsere Statistik für 1914 weist sechs Verträge für elf Betriebe mit 240 Beschäftigten auf, in denen eine 48stündige Arbeitszeit festgelegt ist. Wie hier, so ist auch im allgemeinen keine große Veränderung gegen das Vorjahr in der Dauer der Arbeitszeit aufzuweisen. Die Entwicklung der vertraglichen Arbeitszeit zeigt sich in folgender Uebersicht:

Wöchentliche Arbeitszeit Stunden	Zahl der Personen in den Jahren				
	1907	1909	1911	1913	1914
48 bis 51	18155	17994	29633	40084	39699
über 51	54	38764	59413	61559	63735
54 " 57	25377	22648	31890	37054	36041
57 " 60	11611	10458	9867	8727	7989
60	51	74	100	318	275
Zusammen	89452	89938	130903	147742	145739

Weit größere Unterschiede als die Arbeitszeiten weisen die vertraglich vereinbarten Löhne auf. In unseren Verträgen sind im allgemeinen zwei Lohnarten festgelegt: Mindestlohn und Normallohn oder Durchschnittslohn. Diese Löhne sind vereinbart für männliche, weibliche und jugendliche Arbeiter. Eine Anzahl Verträge enthalten keine Lohnfestsetzungen, das sind zumeist Verträge für solche Betriebe, in denen fast ausschließlich in Akkord statt in Zeitlohn gearbeitet wird. Die nachstehende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der Vertragslöhne für Vollarbeiter, getrennt nach Mindest- und Durchschnittslohn. Zum Vergleich sind die entsprechenden Zahlen aus dem Vorjahre mit aufgeführt.

Pfund	Vertragslohn							
	Mindestlohn				Durchschnittslohn			
	in Betrieben		mit Personen		in Betrieben		mit Personen	
	1913	1914	1913	1914	1913	1914	1913	1914
bis 30	11	8	474	334	2	2	16	16
31 " 35	53	38	4828	3537	5	4	366	158
36 " 40	135	111	7330	6571	34	23	2483	950
41 " 45	179	167	10908	9310	41	34	2551	2462
46 " 50	144	165	13904	15196	63	59	4716	4356
51 " 55	62	72	9274	9421	61	68	9315	9311
56 " 60	62	69	7922	9064	50	50	9847	10863
61 " 65	28	37	14321	14997	28	32	10637	11059
66 " 70	17	18	1478	1579	3	5	2480	2483
70 " 75	2	4	280	387	1	1	9	9
76 " 80	6	10	681	917	—	—	—	—
Zuf.	699	699	71400	71313	288	278	42470	41667

Diese Tabelle läßt die Tendenz der Erhöhung des Vertragslohns erkennen. Im Vorjahr hatten einen vertraglichen Mindestlohn von 51 bis 80 Pf. 33 956 Personen und einen Durchschnittslohn von 51 bis 80 Pf. 32 338 Personen. Im Jahre 1914 zählte die erste Gruppe 36 365 Personen, also 2409 mehr, die zweite Gruppe 33 725 Personen, also 1387 mehr.

In der Holzindustrie ist die Akkordarbeit die vorherrschende Entlohnungsform. Viele Streitigkeiten entstehen bei der Festsetzung von Akkordpreisen für neue und abgeänderte Muster. Denn trotz einer gewissenhaften Kalkulation des Akkordpreises kann es vorkommen, daß der Arbeiter gegen früher einen Mindere Verdienst erzielt. Um die daraus fortwährend entstehenden Streitigkeiten zu beseitigen, ist in einer Anzahl von Verträgen die Lohngarantie bei Akkordarbeiten vereinbart worden. Unsere Statistik weist 412 Verträge mit einer Lohngarantie auf. In 141 Verträgen wird bei Akkordarbeit der vertragliche oder vereinbarte Stundenlohn ohne jede Einschränkung garantiert, während in 271 Verträgen Lohngarantie nur unter gewissen Voraussetzungen zugestanden ist, beispielsweise bei neuen oder abgeänderten Mustern oder bei schwer zu schätzender Akkordarbeit.

In 81 Tarifverträgen, die für 3841 Betriebe mit 42 833 Personen abgeschlossen sind, ist die Benutzung eines Ar-

beitsnachweises bestimmter Art vorgeschrieben. Mehr als die Hälfte dieser Verträge verlangt die Benützung der von unserem Verband eingerichteten und unterhaltenen Arbeitsnachweise, dagegen entfällt die größte Zahl der Personen auf die paritätischen Arbeitsnachweise. In 46 Verträgen für 208 Betriebe mit 2631 Personen ist die Benützung des Verbandsarbeitsnachweises, in 30 Verträgen für 3342 Betriebe mit 37 128 Personen ist die Benützung eines paritätischen Nachweises und in fünf Verträgen für 293 Betriebe mit 3076 Beschäftigten die Benützung eines kommunalen Arbeitsnachweises vorgeschrieben.

Ueber Ferien enthalten 14 Verträge für 88 Betriebe mit 749 Beschäftigten Vereinbarungen. Die Dauer der Ferien richtet sich nach der Beschäftigungsdauer des einzelnen Arbeiters im Betrieb und steigt meistens von Jahr zu Jahr um einen Tag, bis zur Höchstdauer von zwölf Tagen. In fünf Verträgen für neun Betriebe mit 505 Beschäftigten beträgt die Höchstdauer der Ferien drei Tage, in einem Vertrag für einen Betrieb mit 36 Beschäftigten vier Tage, in sieben Verträgen für 27 Betriebe mit 208 Beschäftigten sechs Tage und in einem Vertrag für einen Betrieb mit zwei Beschäftigten zwölf Tage. Nach 13 Verträgen wird während der Ferien der Lohn in voller Höhe weiter gezahlt, und nach einem Vertrag für einen Betrieb mit 73 Personen erhalten die Beurlaubten nur drei Viertel des Lohnes.

Diese kurze Uebersicht über die Tätigkeit unseres Verbandes zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zeigt uns, daß wir auch im Jahre 1914 vorwärts gekommen sind. Und doch sind nur wenige unserer Wünsche in Erfüllung gegangen. Die um die Mitte des Jahres einsetzende bessere Geschäftskonjunktur berechtigte zu den besten Hoffnungen auf erfolgreiche Lohnkämpfe. Noch Hunderte von Lohnbewegungen, und besonders in den kleinen Branchen, waren in Vorbereitung, als der unglückliche Krieg ausbrach und uns zur Unfähigkeit auf diesem Gebiete zwang. Und in dieser Tatsache allein ist das im Vergleich zu den früheren Jahren magere Gesamtergebnis unserer Lohnkämpfe zu suchen. Nicht die Schlagsfertigkeit und der Einfluß des Verbandes hatten gelitten. Deshalb sind wir der festen Zuversicht, daß nach dem Kriege, wenn das Wirtschaftsleben sich wieder in normalen Bahnen bewegt, auch unser Verband in allgewohnter Weise von Erfolg zu Erfolg schreiten wird. Und wir bereiten diese Erfolge schon jetzt am besten dadurch vor, indem wir unermüdet in der Werbung neuer Mitglieder tätig sind. Je mehr Agitation wir treiben, um so geschlossener werden unsere Reihen und um so sicherer uns die Gewißheit, daß mit Beginn der neuen Zeit unser Holzarbeiter-Verband aufs neue mit aller Kraft für das Wohl der deutschen Holzarbeiter erfolgreich wirken kann.

**Die Arbeitsvermittlung nach dem Krieg.**

Auf Einladung des Reichsamts des Innern fand am 30. April im Reichstag eine Konferenz zur Regelung der Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer statt, zu welcher außer Referenten der zuständigen Behörden eine große Reihe von beteiligten Organisationen geladen waren. So zum Beispiel der Deutsche Städtetag, der Deutsche Handelstag, der Deutsche Landwirtschaftsrat, das Preussische Landesökonomienkollegium, der Handwerksrat, der Verband deutscher Arbeitsnachweise, der Preussische Arbeitsnachweisverband, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, die Deutsche Arbeiterzentrale, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband deutscher Gewerksvereine, der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigungen, der Kriegsausgleich der deutschen Industrie, der Deutsche Handwerkskammertag, die Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, der Verband bayerischer Arbeitsnachweise, der Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband und der Deutsche Werkmeisterbund.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte die Genossen Rob. Schmidt, Adolf Cohen und unseren Verbandsvorsitzenden Theod. Leipart mit ihrer Vertretung beauftragt.

Das Staatsfinden dieser Konferenz dürfte ohne Zweifel auf die Anregung der Gewerkschaften zurückzuführen sein, schon während des Krieges eine gesetzliche Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung vorzunehmen, wozu ein Verlangen bekanntlich auch der Reichstag in seiner letzten Tagung durch einen entsprechenden Beschluß beigetreten ist. Aber die Regierung will, wie der Staatssekretär Dr. Dellbrück, der die Konferenz leitete, nochmals betonte, an diese Aufgabe erst nach dem Kriege herangehen. Inzwischen aber soll durch ein planmäßiges Zusammenwirken aller bestehenden Arbeitsnachweise sowie als möglich eine Besserung der jetzigen Zustände herbeigeführt werden. Alle grundsätzlichen Streitfragen wurden also von der Konferenz ausgeschlossen.

Die Regierung unterbreitete der Konferenz eine Zusammenstellung von Fragen, welche die Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer und die Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß betreffen. Dort waren als Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände bezeichnet:

- a) Herausgabe von Adressenverzeichnissen der sämtlichen Arbeitsnachweise des Bezirks.
- b) Anregung zur Errichtung und zum Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten.
- c) Ausgleich der Arbeitsangebots- und -angebots im internationalen Verkehr. Ausnützung des weiter auszugeleitenden Arbeitsmarktanzeigers.

In der Diskussion hierüber wurde fast allseitig gewünscht, die Adressenverzeichnisse der bestehenden Arbeitsnachweise sollten durch die Reichsbehörde selbst zusammengestellt und herausgegeben werden. Die Förderung der öffentlichen Arbeitsnachweise fand allseitige Zustimmung, doch verlangten die Gewerkschaftsvertreter mit Nachdruck, daß den Arbeitern

ein Einfluß in der Verwaltung derselben gesichert werde. Auch gegen die bestehenden Arbeitsnachweisverbände erhoben unsere Vertreter den Einwand, daß den Arbeitern jegliche Mitwirkung in denselben genommen sei, so daß diese Organisationen nicht als eine ausreichende Grundlage für den weiteren Aufbau gelten könnten, weil das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen fehle.

Als Maßnahmen der Arbeitsnachweise wurden von der Regierung vorgeschlagen:

Zusammenarbeiten aller an einem Ort befindlichen Arbeitsnachweise (Zentralauskunftsstellen). Enge Fühlung mit Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Benützung des Arbeitsmarktanzeigers.

Die Regierung erblickt hierin den eigentlichen Kern ihrer Vorschläge und erhofft, wie Staatssekretär Dr. Dellbrück erklärte, die Durchführung vorerst von der freien Entschlebung aller beteiligten Korporationen. Nur im Notfall werde eventuell der Bundesrat durch eine Verordnung auf die widerstrebenden Arbeitsnachweise einen Zwang ausüben, sich der Zentralisation anzuschließen.

Die Diskussion ergab, daß alle Richtungen zu einem solchen Zusammenarbeiten der verschiedenen Arbeitsnachweise bereit sind. Auch die Vertreter der Arbeitgeberverbände gaben eine dahingehende Erklärung ab. Welche Funktionen und Befugnisse aber die zu errichtenden Zentralstellen haben sollen, konnte aus den Erörterungen und auch aus den Erklärungen der Regierung noch nicht mit Deutlichkeit entnommen werden.

In der Vorlage der Regierung waren ferner als Maßnahmen der Arbeitgeber folgende Vorschläge enthalten:

- a) Melbung der offenen Stellen an organisierte Arbeitsnachweise aller Art.
- b) Wiedereinstellung früherer Arbeiter.
- c) Beachtung des Beschäftigungsbedürfnisses der etwa zu entlassenden Ersatzkräfte.

Der erste Vorschlag soll nach der Erklärung der Regierung bezwecken, dem Umschauen der Arbeitslosen entgegenzuwirken und alle Arbeitssuchenden den Arbeitsnachweisen zuzuführen; er richtet sich nicht etwa gegen die Nachweise der Arbeitgeberverbände. Alle drei Vorschläge fanden nach dieser Erläuterung die Zustimmung der Arbeitgebervertreter.

Die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte wollte die Regierung noch nicht zur Erörterung

**Arbeitende Kollegen!**

**Mehr als 4 Millionen Mark Kriegsunterstützungen mußten der Verbandskasse entnommen werden. Helftrüsten für die kommenden Aufgaben. Kauft jede Woche wenigstens eine Kriegsmarke des Verbandes!**

stellen, weil diese Frage noch besonders verfolgt werden soll. Trotzdem fand auch hierüber eine kurze Aussprache statt, ohne allerdings ein greifbares Resultat zu zeitigen.

Von den Wünschen der Gewerkschaften, wie sie in der kürzlich an den Reichstag gerichteten Petition niedergelegt waren, wird also vorläufig nur wenig oder gar nichts in Erfüllung gehen. Ob wenigstens die Schaffung der örtlichen Zentralstellen für die Arbeitsnachweise einen Fortschritt bringt, wird zunächst abzuwarten sein.

**Die Kriegsverstümmelten und die Arbeiter.**

Wir haben in unserer letzten Nummer bereits Kenntnis davon gegeben, daß unser Verband sich durch Veranstaltung von Lichtbildervorträgen an der Erfüllung der Aufgaben beteiligen will, die den Gewerkschaften in der Fürsorge für die Kriegsinvaliden zufallen. Die Ausführungen in der vorigen Nummer haben diese wichtigen Aufgaben noch nicht in vollem Umfange dargestellt, weshalb wir zu ihrer Ergänzung heute noch das Folgende hinzufügen möchten.

Mit der Richtung der Bestrebungen, die schon seit Wochen und Monaten im Gange sind, die Kriegskrüppel wieder erwerbsfähig zu machen und sie möglichst vollzählig ihrem alten Beruf wieder zuzuführen, können die organisierten Arbeiter sich durchaus einverstanden erklären. Und soweit den Gewerkschaften bisher Gelegenheit gegeben worden ist, sich in der Sache zu äußern, haben sie es an ihrer Bereitwilligkeit an der Kriegskrüppelfürsorge in diesem Sinne nach Kräften mitzuwirken, nicht fehlen lassen.

Die Fürsorge darf aber nicht an dem Zeitpunkt aufhören, wo die Kriegskrüppel durch Lazarett- und Anstaltsbehandlung wieder erwerbsfähig gemacht sind, sondern es muß gleich im Anfang auch daran gedacht werden, dem wieder im Beruf beschäftigten Verstümmelten gegen Lohnbrud und inhumane Behandlung durch Unternehmer einen angemessenen Schutz zu gewährleisten. Wegen seiner durch den Krieg herbeigeführten Erwerbsbeschränkung bedarf der Verstümmelte dieses Schutzes in erhöhtem Maße, weil mit der Beeinträchtigung seiner Erwerbsmöglichkeit auch seine Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Unternehmer herabgesetzt ist. Die Gewerkschaften als Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter haben die Aufgabe, den ganz oder teilweise erwerbsfähig gemachten Kriegskrüppeln diesen Schutz der Berufsvorgansorganisation in besonderem Maße zu gewähren.

Mit Freude muß es begrüßt werden, daß sich die Meinung bereits durchgesetzt hat, die jetzige Kriegskrüppelfürsorge nicht etwa der privaten Wohltätigkeit zu überlassen, sondern sie zur Reichssache zu machen und als Pflicht des Staates zu erklären. Hierüber hätte eigentlich gar kein Zweifel erst aufstehen dürfen.

Reich und Bundesstaaten haben inzwischen mit der Bildung einer Fürsorgeorganisation bereits begonnen. Es werden überall für die einzelnen Provinzen und Bezirke besondere Ausschüsse gebildet. Zu allen diesen Organen für die Durchführung der Kriegskrüppelfürsorge zugezogen zu werden, haben die Gewerkschaften aus dem angegebenen Grunde ein lebhaftes Interesse, und es sollte nach Lage der Dinge erwartet werden dürfen, daß ihr berechtigter Wunsch in dieser Hinsicht bei den maßgebenden Stellen Berücksichtigung findet. Ebenso sind bei der Berufsberatung,

bei der planmäßigen Verteilung der für den alten Beruf nicht mehr verwendbaren Kriegskrüppel auf die einzelnen Gewerbe und bei der Arbeitsvermittlung neben den Unternehmervertretern und anderen Sachverständigen auch die Vertreter der Gewerkschaften mit heranzuziehen. Bei dem nützlichen Einfluß, den die Gewerkschaften auf die Arbeiter im allgemeinen ausüben in der Lage sind, wird ihre Beteiligung an der ganzen Organisation der Kriegskrüppelfürsorge für alle Teile von Vorteil sein.

In bezug auf den notwendigen Schutz für die dem Erwerbsleben wieder zugeführten Verstümmelten darf aber den Gewerkschaften die schwierige Aufgabe nicht allein überlassen bleiben, sondern es muß verlangt werden, daß die zuständigen Behörden des Reiches sobald als möglich nach dieser Richtung gewisse einheitliche Vorschriften erlassen oder Grundzüge aufstellen.

Es muß in erster Linie Vorsorge getroffen werden, daß kein Unternehmer die dem Verstümmelten gewährte Rente selbst zumute machen kann dadurch, daß er den Arbeitslohn nach der Höhe der Rente bemessen möchte. Es muß verhindert werden, daß einem Kriegskrüppel nur der Rent wegen ein niedriger Lohn gezahlt oder gar ein Lohnherabsetzung direkt oder indirekt mit der Drohung ver sucht wird, daß im Weigerungsfalle eine Kürzung der Rente herbeigeführt werde.

Das Reich müßte den Grundsatz aufstellen, daß im allgemeinen jeder Verstümmelte wegen seiner dem Vaterland dargebrachten Opfer und andererseits auch als Ausgleich für die durch seine Verstümmelung herbeigeführte Beeinträchtigung seiner Lebensführung (Mehrausgabe für häusliche Pflege, für Fahrgehalt usw.) Anspruch darauf hat, daß sein Einkommen an Rente und Arbeitslohn das reine Lohn Einkommen der übrigen Arbeiter in angemessener Höhe übersteigt. Jeder Verstoß gegen diesen Grundsatz soll als unbillig und strafbar erklärt werden.

Die Zulassung einer eigensüchtigen Ausnützung der Notlage der Verstümmelten, die nach dem Kriege, wenn die jetzige vaterländische Begeisterung wieder abgeklungen ist, wohl befürchtet werden darf, würde nicht nur ein Unrecht gegen die Kriegskrüppel sein, sondern würde auch ihr Zusammenarbeiten mit den übrigen Arbeitern in den Betrieben stören und zu einem allgemeinen Lohnrückgang führen können.

Hierüber hinaus müßte ferner, um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Verstümmelten nicht durch die Regelung des Kampfes um die Rente leiden zu lassen, auch das Verfahren bei der Rentensatzsetzung entsprechend geregelt werden. In der Regel sollte die einmal festgesetzte Rente nicht herabgesetzt werden, oder zum mindesten solange keine Herabsetzung erfolgen dürfen, als der Arbeitsverdienst des Verstümmelten noch nicht die im Beruf des Rentenempfängers übliche Höhe erreicht hat.

Zum Schutze der Kriegskrüppel und auch der übrigen Arbeiter gegen die erwähnte Gefahr des Lohnbruchs und der inhumanen Behandlung sollten für alle in Frage kommenden Gewerbe besondere Ausschüsse und Beiräte in Form von Ausschüssen geschaffen werden, die nach dem Muster der in den bestehenden Tarifverträgen vorgesehenen Schlichtungsorgane aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter paritätisch zusammen gesetzt sein müßten. In den Betrieben und Betrieben, in welche Tarifverträge bestehen, hätten deren Vorschriften auf für die Kriegskrüppel zu gelten.

Bezüglich der Wiederbeschäftigung der Verstümmelten nach ihrer Entlassung aus der Anstaltsbehandlung muß von den Unternehmern verlangt werden, daß sie nach Möglichkeit ihre alten Arbeiter, die vor dem Krieg bei ihnen beschäftigt waren, trotz der Verstümmelung wieder einstellen. In allen staatlichen und gemeindlichen Betrieben aber müssen alle diese Grundsätze in erster Linie zur Anerkennung gebracht werden, allein schon aus dem Grunde, um durch das gute Beispiel auf die privaten Unternehmer im gleichen Sinne einzuwirken.

Die Pflicht der Dankbarkeit gegen die im Felde stehenden Verteidiger des Vaterlandes wird heute soviel her vorgehoben. Lassen wir dieses schöne Gefühl den Leiden jetzt so überaus zahlreichen Kriegskrüppeln dauernd in reichstem Maße zugute kommen, aber auch in einer Weise, daß sie und die Gesamtheit wirklich praktischen Nutzen davon haben.

Das sind die Grundzüge, die von den Gewerkschaften eifrig in dieser Frage aufgestellt sind und deren Durchführung auch durch die Lichtbildervorträge unseres Verbandes mit allem Nachdruck propagiert werden soll. Möge unsere Verbandskollegen sich durch zahlreiche Besuche dieser Vorträge an der Förderung dieser Bestrebungen, die ja in ihrem eigensten Interesse gelegen sind, mitteilen.

**Die Lebensmittelsteuer in England.**

Der englische Möbelarbeiter-Verband hatte im Januar beim Parlamentarischen Komitee des Gewerkschafts Kongresses die Einberufung einer außerordentlichen Konferenz beantragt. Der Organisator des Verbandes, G. Bramble teilte nun in der Märznummer des Organs seiner Organisation mit, daß sie bis jetzt noch keine Antwort auf ihr Schreiben erhalten hätten, und führt dann aus:

„Es bestand niemals eine größere Notwendigkeit für organisierten Arbeiter, durch eine allgemeine Zusammenkunft ihre unverkennbaren Ansichten auszudrücken über verschiedene vitalen Fragen, die jetzt ihre Interessen führen. Verschiedene Vorstände haben unsere Forderungen schon unterstützt, aber wenn wir nicht darauf bestehen, steht die Möglichkeit, daß das Parlamentarische Komitee die Dringlichkeit des Zweckes und die Notwendigkeit, daß unser Antrag respektiert wird, übersehen.“

Die Lebensmittel- und Kohlenfrage allein ist von genügender Bedeutung, um unsere sofortige und organisierte Wachsamkeit zu verlangen. Das Parlament der Arbeiter muß zusammenberufen und die Gefühle und Ansichten der organisierten Arbeiter durch eine Erklärung der allgemeinen Taktik und Absicht proklamiert werden. Ich wage zu behaupten, daß, wenn irgendeine Vereinigung von Unternehmern versucht hätte, die Löhne in dem Umfange herabzusetzen, wie es ausgedrückt wird durch die enorme C

höhung der Kosten der Lebenshaltung, die in den vergangenen sechs Monaten stattgefunden hat, die beteiligten Arbeiter in einem Zustand vereinigter Empörung gegen den Versuch gewesen wären.

Wenn die Kosten der Lebenshaltung steigen, muß eins von zwei Dingen eintreten:

1. Die Löhne müssen verhältnismäßig erhöht werden, oder 2. die Arbeiter müssen ihre Lebenshaltung herabsetzen.

Ich weiß, daß die große Masse unserer Mitglieder nicht viele Luxusartikel verbrauchen, die sie entbehren können, und wenn eine Herabsetzung ihrer Lebenshaltung eintreten muß im Verhältnis zu den erhöhten Kosten der Lebenshaltung, werden sie in Armut versinken, und einige Branchen unseres Gewerbes wird es nahe an die Grenze des Verhungerns bringen.

Wenn Patriotismus bedeutet, sich ruhig zu verhalten und zu erlauben, daß dieser Prozeß fort dauert, bin ich kein Patriot. Wenn Burgfrieden bedeutet, die Körper der Armen auszuhungern, um die Taschen der Reichen zu füllen, bin ich kein Anhänger der Einigkeit.

Ich hoffe, daß der Nationalkongreß der Arbeit einberufen wird, und daß die vereinigte Stimme der Arbeit in dieser und anderen Fragen klar und deutlich sein wird.

In der Aprilnummer seines Verbandsorgans berichtet F. Bramley, daß die Konferenz wegen der Nahrungsmittel- und Kohlenpreise in London stattgefunden hat. Er sagt darüber folgendes: „Diese Versammlung von Vertretern aus allen Teilen des Landes — einige von ihnen waren gesandt, um die Ansicht öffentlicher Körperschaften zu vertreten, wie z. B. den Glasgower Magistrat, andere vertraten genossenschaftliche Vereinigungen, und die Majorität die Gewerkschaften des Landes — erklärte sich in aller Ruhe gegen den Kohlenring, gegen die Schiffsbesitzer und die Lebensmittelmonopolisten. Im Uebermaße wurden Tatsachen beigebracht, die ohne jeden Zweifel beweisen, daß die Kriegskrisis dazu ausgenützt wird, die Reichen noch reicher zu machen. Die Profite gehen in die Höhe im Verhältnis zu den erhöhten Preisen. Der Spekulant heimst mehr ein, weil wir mehr bezahlen. Der Monopolist erntet reiche Erträge aus der nationalen Not. Ich hoffe, unsere Mitglieder werden jede Bemühung, die in ihrem Bezirk gemacht wird, um die Lebensmittelpreise herunterzubringen, unterstützen. Wir müssen arbeiten und kämpfen, um eine öffentliche Meinung zu erzeugen, die so stark ist, daß sie die Regierung zwingt, zwischen die Lebensmittel- und Kohlenmonopolisten und ihre Opfer zu treten und erklärt, daß diese nationale Krisis nicht die Gelegenheit des Reichen und der Fluch des armen Mannes bleiben darf.“

Was hier über den Lebensmittelwucher in England ausgeführt wird, trifft mindestens in gleichem Maße auch für Deutschland zu. Wenn die bürgerliche Tagespresse jetzt mit Befriedigung jeden Streik registriert, der in England wegen der Lebensmittelerhöhung geführt wird und mit Genugtuung auf die Ruhe im deutschen Erwerbsleben hinweist und nun glaubt, daß die deutschen Arbeiter mit dem jetzigen Zustand der Dinge zufrieden sind, so ist dies ein großer Irrtum. Die deutschen Arbeiter und weite Schichten des Mittelstandes leiden unter der Lebensmittelerhöhung in höchstem Maße, während den Landwirten und Großhändlern durch die verfeinerten und unzulänglichen Regierungsmaßnahmen ungezählte Millionen in den Schoß geworfen werden, auf Kosten der Konsumenten.

Das deutsche Volk ist gewiß willens gewesen Entbehrungen während der Kriegszeit auf sich zu nehmen. Dies ist jedoch mit der Voraussetzung geschehen, daß diese Entbehrungen von allen Teilen des Volkes gleichmäßig getragen werden und nicht, wie es jetzt geschieht, daß ein Teil ungeheure Profite einfaßt, während die große Masse darbt. Für Zehntausende von Arbeitern läßt sich die Lebenshaltung nicht weiter herabsetzen, und so bleibt auch für die deutschen Arbeiter nur die andere Alternative übrig, die unser englischer Kollege stellt, wenn die Kosten der Lebenshaltung steigen — müssen die Löhne verhältnismäßig erhöht werden. In anerkennenswerter Weise haben viele Unternehmer und Gemeinden ihren Arbeitern Erleichterungen gewährt, die große Mehrheit jedoch vertritt die Arbeiter auf bessere Zeiten. Ein schlechter Trost das, da niemand sagen kann, wann diese besseren Zeiten in Aussicht stehen.

Das Reichsgericht und die Tarifverträge.

In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ bespricht Dr. Heinemann (Berlin) eine Entscheidung des Reichsgerichts in einer Tarifvertragsangelegenheit und knüpft daran Mitteilungen über das Verhalten und Bestreben der Militärbehörden zu den Tarifverträgen, denen wir leider entgegenzutreten müssen. Heinemann schreibt:

„In diesen Tagen ist eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 29. Januar 1915 in Sachen der Firma Expeditions- und Elbschiffahrtstontor gegen den Deutschen Transportarbeiter-Verband veröffentlicht worden, die für den Anhänger der Idee des Tarifvertrags als eines wichtigen Mittels zur Erhaltung des sozialen Friedens außerordentlich erfreulich ist. Das höchste Gericht vertritt darin mit immer steigender Entschiedenheit den Satz, daß jede Verletzung der Tarifrechte mit dem Wesen des Tarifvertrags unvereinbar ist und Schadensersatzpflichtig macht. Im Anschluß an dieses Urteil sollen kurz die einzelnen Stadien erörtert werden, die der Begriff des Tarifvertrags in unserm Recht durchlaufen hat. Dies ist deshalb lehrreich, weil sich nirgends so deutlich wie hier zeigt, in welchem hohem Maße der Krieg zur Beseitigung einseitig individualistischer Rechtsanschauungen beigetragen hat. Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Juristen überhaupt nicht wußten, was sie mit dem kollektiven Rechtsgebilde Tarifvertrag anfangen sollten, da es sich durchaus nicht in die Formeln des Pandektenrechts einzwängen lassen wollte. Man verfiel daher auf die abstruse Idee, den Tarifvertrag als eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzusehen. Daraus würde dann folgen, daß jedermann das Recht des jederzeitigen Rücktritts von dem geschlossenen Tarifvertrag zusteht, da der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung den unbeschränkten Rücktritt von der Koalition gestattet. Den Tarifvertrag mit einer Koalition

zu identifizieren ist schlechthin sinnlos. Das Wesen der Koalition ist Kampf, das Wesen des Tarifvertrags Friede, damit Streiks und Aussperrungen vermieden oder beendet werden. Die Koalition will günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen, der Tarifvertrag setzt diese Bedingungen fest. Vor allem aber: Die Koalition bezieht sich auf Abreden einer und derselben Wirtschaftspartei, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, nicht auf solche, die beide Parteien miteinander treffen. Der Tarifvertrag dagegen ist auf die gegenseitige Verpflichtung der beiden Parteien zu tarifgemäßem Verhalten gerichtet. Nach langem Hin- und Herschwanken haben dies endlich auch die Gerichte eingesehen. In einer Entscheidung, die vorbildlich geworden ist (mitgeteilt im 73. Band der Entscheidungen in Zivilsachen, pag. 92 ff.), spricht das Reichsgericht sich mit Entschiedenheit gegen die Ansicht aus, daß der Tarifvertrag eine unter § 152 der Gewerbeordnung fallende Verabredung sei, also rechtlich in der Luft schwebend. Es könne nicht als die Absicht des Gesetzgebers angesehen werden, Einigungen zwischen Gruppen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen durch Verlegen jedes Rechtsschutzes zu entwerten und damit mittelbar zu verhindern. Auch sonst liege kein Grund vor, solchen Vereinbarungen, abweichend von den allgemeinen, über die Klagbarkeit der Verträge bestehenden Rechtsgrundsätzen, die Klagbarkeit abzuschneiden.

Damit war ein gewaltiger Schritt vorwärts getan. Immer aber blieb es dabei, daß durch den Tarifvertrag nur diejenigen Arbeitgeber und Arbeiter als berechtigt und verpflichtet angesehen wurden, die am Tarifvertragsabschluß beteiligt sind, entweder als Selbstkontrahenten oder als durch ihren Verein oder Verband Vertretene. Dem Tarifvertrag eine weitere Ausdehnung zu geben, ließ sich auf Grund des geltenden Rechts mit seinem auf rein individualistischen Gedanken beruhenden Vertragssystem nicht durchführen und kann tatsächlich auch ohne Rechtsänderung nicht erfolgen.

Für eine solche aber hat der Krieg die Grundlage geboten. Mit sicherem Takt haben unsere militärischen Behörden erkannt, daß es kein besseres Mittel gibt, um die während des Krieges unbedingt notwendige Einstellung der Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und die deutsche Volkswirtschaft ungefährdet durch die Stürme der Kriegszeit hindurchzuführen als die Entwicklung der Tarifvertragsidee. Aus dieser Erwägung heraus benutzten die militärischen Behörden die ihnen heute als größten Auftraggebern zustehende Macht dazu, wo irgend möglich durchzusetzen, daß die zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarten tarifgemäßen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an Stelle des individuellen Arbeitsvertrags traten. Daß die staatlichen Behörden auch in ihren eigenen Betrieben nach diesem Grundsatz verfahren, versteht sich von selbst.

Ueberblickt man den hiermit zurückgelegten Weg, so sieht man, wie wir uns immer mehr dem kollektiven Vertragsabschluß nähern, dem Gedanken, daß es nicht Sache des einzelnen Arbeiters und des einzelnen Unternehmers ist, welche Löhne oder sonstige Arbeitsbedingungen sie vereinbaren wollen, sondern daß die beiderseitigen Organisationen zu bestimmen haben, was auf dem Gebiet des Arbeitsvertrags Rechtens sein soll.“

Soweit man den Kampf der Arbeiter um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen nur in Streiks und Aussperrungen erblickt, mag es richtig sein, daß das Wesen des Tarifvertrags Friede ist. Für uns ist aber das tägliche zähe Ringen der Arbeiter und der Organisationen für die Durchführung der vertraglichen Arbeitsbedingungen auch Kampf, und vielfach nicht der leichteste. Deshalb ist für uns in der Praxis der Tarifvertrag heute noch keine Friedensgarantie.

Wir würden uns auch freuen, wenn das, was Heinemann über die Haltung der Militärbehörden sagt, der Wirklichkeit entsprechen würde. Jedoch für uns sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. In unserer Zeitung ist erst kürzlich in dem Artikel „Mißstände in den Betrieben für Heereslieferungen“ allgemein dargelegt worden, welche Stellung die militärischen Behörden zu den Tarifverträgen einnehmen. So erklärte das preussische Kriegsministerium auf unser Verlangen, den Heereslieferanten zur Pflicht zu machen, die bestehenden Tarifverträge einzuhalten: „Dem Ersuchen, den Unternehmern zur Pflicht zu machen, die von den Organisationen vereinbarten Arbeitslöhne zu zahlen, kann jedoch nicht entsprochen werden.“ So sieht das Eintreten einer hohen und maßgebenden militärischen Behörde für die Tarifverträge aus! Aber Genosse Heinemann behauptet noch mehr: „daß die staatlichen Behörden auch in ihren eigenen Betrieben nach diesen Grundsätzen verfahren, versteht sich von selbst“. Die Leitung der königlichen Artilleriewerkstatt in Spandau erklärte uns aber: „... daß sie mit ihren Arbeitern direkt und nicht durch Vermittlung von Verbänden oder Vereinen zu verhandeln pflegt...“

Diese Beispiele könnten noch fortgesetzt werden, wobei allerdings nicht unerwähnt bleiben soll, daß die Militärbehörden vielfach auch eine entgegenkommende Haltung im Sinne der Heinemannschen Ausführungen gezeigt haben. Gerade wir aber können mit ihrem Verhalten am wenigsten zufrieden sein und sind deswegen zu unserm Bedauern nicht in der Lage, in das Lob des Genossen Heinemann einstimmen zu können.

Unsere Verbandsstatistik.

Für die 38. Kriegswache vom 19. bis 24. April haben 730 Zahlstellen Berichte eingesandt; die Berichterstattung erstreckt sich auf 157 621 Mitglieder. Beim Abschluß der Statistik waren die Berichte aus 110 Zahlstellen noch nicht eingegangen, unter denen sich eine Anzahl Orte befinden, die die Berichte fast regelmäßig zu spät einsenden.

Für die Woche erhielten wir nachträglich noch aus 52 Zahlstellen Berichte über 2995 Mitglieder; dadurch steigt die Zahl der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder auf 167 356. Von diesen sind 66 015 = 40,9 Prozent zum Heeresdienst eingezogen. Von den zurückgebliebenen 95 341 waren 5935 = 6,2 Prozent arbeitslos, 2938 = 3,1 Prozent krank und 86 468 = 90,7 Prozent standen in Arbeit.

Ergebnis der Erhebung am 24. April.

Table with columns: Gau, Arbeitslose, Einberufene, In Arbeit, etc. Lists data for various regions like Danzig, Berlin, etc.

Der Bericht für die 38. Kriegswache zeigt wiederum einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Gegenüber den richtigen Zahlen für die Woche beträgt dieser Rückgang allerdings nur 0,2 Prozent, doch seit dem Erhebungstag vom 15. August, wo der Prozentsatz 43,3 betrug, ist die Arbeitslosigkeit ohne Unterbrechung stetig zurückgegangen.

Als in Arbeit stehend werden 83 899 Mitglieder gemeldet, von denen 49 335 mit voller Arbeitszeit arbeiten. Die Frage nach der Zahl der Vollbeschäftigten ist jedoch von 20 Zahlstellen mit 16 666 Mitgliedern nicht beantwortet worden. In anderen Berufen arbeiten 19 015 = 22,7 Prozent der insgesamt beschäftigten Mitglieder.

Im Laufe der Berichtswoche sind 899 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen worden. Die Gesamtzahl der Einberufenen beträgt nach den vorliegenden Berichten 66 839 = 41,5 Prozent der von der Statistik erfaßten Mitglieder. Wegen der mangelhaften Berichterstattung geben diese Zahlen jedoch kein getreues Bild; wir schätzen daher die Zahl der tatsächlich Einberufenen auf mindestens 70 000.

Nachstehend geben wir wieder eine Uebersicht über die Ergebnisse der seitherigen Erhebungen.

Table showing survey results from August 8 to April 24, including columns for date, citizens, unemployed, and employed.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 19. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Mit dieser Nummer der Holzarbeiter-Zeitung gelangt die Nr. 7 des „Holzarbeiter-Frauenblatt“ zur Ausgabe. Alle verheirateten Mitglieder erhalten das Frauenblatt für ihre Frauen geliefert. In erster Linie soll das Blatt dazu bestimmt sein, mit den Frauen unserer im Felde stehenden Mitglieder die Verbindung aufrecht zu erhalten. Ihnen ist deshalb das Frauenblatt von den Ortsverwaltungen in geeigneter Weise zuzustellen. Zum andern richtet sich der Inhalt des Frauenblattes auch an die Frauen aller übrigen, besonders der arbeitslosen Mitglieder, um die Aufgaben und Leistungen des Verbandes in der jetzigen Kriegszeit mit ihnen zu besprechen und das Interesse der Frauen am Verband wachzuhalten und zu stärken. Das „Holzarbeiter-Frauenblatt“ soll ein Agitationsmittel für unseren Verband sein, dazu berufen, jede Schwächung des Verbandes in der jetzigen schwierigen Zeit zu verhindern und nach Möglichkeit ihm neue Anhänger, auch unter den Arbeiterinnen, zu gewinnen. Es soll aus diesem Grunde auch das Blatt unserer weiblichen Mitglieder sein, denen es neben der Holzarbeiter-Zeitung regelmäßig geliefert wird. Das Frauenblatt erscheint monatlich und wird den empfangsberechtigten Mitgliedern resp. deren Frauen unentgeltlich geliefert.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- List of lost membership books with names and numbers: 71764 Robert Frommann, 156396 Franz Bruder, etc.

Korrespondenzen.

Kemel. Eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen seines Betriebes versuchte der Fabrikbesitzer Kraus in Schmeltz bei Memel durch die Hilfe des Gendarmerie zu verhindern.

verhindern. Dieser Arbeitgeber gehört zu denen, die schon im Frieden dauernde Differenzen in ihrem Betriebe hatten. Als er einige Wochen nach Beginn des Krieges seinen Betrieb in Gang brachte, zahlte er nicht einem Arbeiter den Tariflohn. Eine Sitzung des Arbeitgeberverbandes, die auf Ersuchen unseres Angestellten stattfand, beschäftigte sich mit der Befestigung der Arbeitslosigkeit und auch einer eventuellen Hilfe durch den Arbeitgeberverband. Daß hierbei nichts herauskam, ist schon an anderer Stelle berichtet worden. Hier war es auch der Herr Kraus, der die Anfrage stellte, ob die Tariflöhne zu zahlen wären, was von uns als selbstverständlich angenommen wurde. Gleich nach dieser Sitzung schlug dem Herrn das böse Gewissen ob seiner unredlichen Handlung und er sandte uns ein Schreiben zu, aus dem hervorging, daß er die Sitzung des Arbeitgeberverbandes, die von uns gewünscht wurde, als eine gegen ihn gerichtete Aktion betrachte. Er bemerkte weiter, daß die Arbeiten im Betriebe nur Aufräumungsarbeiten waren und dementsprechend nicht tarifmäßig bezahlt werden sind. Sobald der Bahnverkehr wieder aufgenommen sei, würde er arbeiten lassen. Da aber seine eingearbeiteten Leute fehlen, so würden die nicht eingearbeiteten laut Tarif weniger verdienen, daher sollte eine Aussprache darüber stattfinden, wie alles geregelt werden solle. Bei der Aussprache gaben wir zu verstehen, daß, wenn bei Aufräumungsarbeiten der Tariflohn nicht gezahlt wird, dieser jedoch gezahlt werden müsse, wenn die regelrechte Arbeit losgeht. Jetzt, nach dem Russeneinfall, wo der Betrieb wieder beginnt, hält Herr Kraus es nicht für nötig die Tariflöhne zu zahlen. Eine Betriebsversammlung, in der die Tatsachen festgestellt werden sollten, fand statt. Eine zweite sollte stattfinden, nachdem unsererseits die gemachten Angaben laut Tarif nachgeprüft waren. Nachdem die Zettel zur Besammlung verteilt waren, erfolgte sofort ein Einschlag des Herrn Kraus, in dem er alle auffordert, die die Tariflöhne nicht erhalten, sich im Kontor zu melden. Am nächsten Tag erhielten dann auch einige Kollegen den ihnen zustehenden Lohn. Inzwischen hatte Herr Kraus anscheinend versucht, den Gendarm gegen die nächste Versammlung mobil zu machen. Eine derartige Neuerung ist von den Vorarbeitern und Meistern im Betriebe gefallen, auch spricht die folgende Tatsache dafür. Der Ortsgegendarm ersuchte einen Kollegen, zu unserem Angelegenheiten zu gehen und ihn zu ersuchen, die Versammlung rückgängig zu machen. Der Kollege gab dem Herrn die richtige Antwort, indem er ihm sagte, er hätte keine Zeit dazu. Herr Kraus ist uns als ein Gegner der Organisation bekannt, daß er aber so kleinlich handelt, hätten wir kaum geglaubt. Seine Gegnerschaft gegen die Organisation wird uns keinen Abbruch tun, weil die Arbeiterzeitung den Zweck seiner guten Worte durchsicht und von Nutzen der Organisation erkannt hat. Soll man solchen Arbeitgebern gegenüber den Burgfrieden wahren? Diese Frage müßte eigentlich angeschnitten werden. Herr Kraus kann versichert sein, daß auch andere Zeiten kommen werden. Was in diesen Worten liegt, wird er wohl wissen. Er kann versichert sein, daß die bei ihm beschäftigten Kollegen und Kolleginnen sein jegiges Verhalten nicht vergessen werden. Demgegenüber können wir auch feststellen, daß andere Arbeitgeber, mit denen wir im Vertragsverhältnis stehen, den Tarifvertrag einhalten. Einige Kleinmeister natürlich können

sich nicht dazu bequemen. Hier haben die Kollegen auch selbst die Schuld, weil sie der Organisation den Rücken gekehrt haben. Hoffentlich werden sie bald eines Besseren belehrt.

**Von unseren Kollegen im Felde.**

Das **Eiserne Kreuz** ist nach Mitteilungen, die wir in den beiden letzten Wochen erhielten, folgenden Kollegen verliehen worden: Richard Weseberg, Schiffbauer, aus Alen; Vlr Brandt, Schiffszimmerer, aus Bremen; Karl Ries, langjähriger Kassierer der Zahlstelle Dinkelsbühl; Fritz Lustig, Tischler, aus Görlitz (wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert); Billy Kaumann, Holzarbeiter, aus Hamburg (wurde ebenfalls zum Unteroffizier befördert); Ludwig Benzinger, Schreiner, aus Mannheim; Friedrich Karwies, Schneidmüller, aus Zilfit; Christian Schönleber, Bevollmächtigter der Zahlstelle Zuffenhausen; Karl Groß, Korbmacher, aus Unsbach, der schon vor drei Monaten das Eiserne Kreuz erhielt, bekam dazu die Goldene Militärverdienstmedaille; Wilhelm Hauger aus Lörrach, ebenfalls schon Inhaber des Eisernen Kreuzes, erhielt die Badische Verdienstmedaille. Der frühere langjährige Vorsitzende der Zahlstelle Achaffenburg, Kollege Ulrich Wolf, wurde vom Unteroffizier zum Feldwebel befördert.

In der vorigen Woche ist nun auch Kollege Fritz Larnow, der in den letzten Wochen vertretungsweise unsere Zeitung redigiert hat, zum Meeresdienst eingezogen worden. Damit ist wiederum eine recht fühlbare Lücke in der Zentrale unseres Verbandes entstanden, da bekanntlich Kollege Larnow zugleich auch Redakteur unseres „Fachblatt“ sowie unseres „Frauenblatt“ und „Jugendblatt“ war. Natürlich werden alle diese Blätter auch weiterhin erscheinen, aber es bereitet doch schon immer größere Schwierigkeiten, für alle die tüchtigen Kräfte des Verbandes, die durch den Krieg aus ihrer Tätigkeit herausgerissen werden, den nötigen Ersatz zu finden. Von den Gauvorstehern ist kürzlich noch Kollege Buchendahl (Hamburg) einberufen und die Zahl der unter den Fahnen stehenden Lokalbeamten hat sich erheblich vermehrt, so daß der Verband bisher 43 Angestellte für den Kriegsdienst hergeben mußte. Einer davon, Kollege Schulze (Ludenwalde), hat bekanntlich bereits den Heldentod auf dem Schlachtfeld erlitten, wie leider schon so viele unserer Verbandsmitglieder auch.

Der gedruckte Feldbrief, den der Vorstand an die Kollegen im Schützengraben gerichtet hat, ist von diesen überall mit heller Freude aufgenommen worden. In unserem Hauptbüro laufen jetzt Hunderte Antwortschreiben von allen Kampfpflichtigen im Westen und Osten und von allen Truppengattungen ein, in denen die Kollegen mit begeistertsten Worten ihren Dank dafür aussprechen, daß der Verband an sie gedacht hat. Alle freuen sich, daß die Zurückgebliebenen die Organisation aufrecht erhalten und fast alle bitten darum, daß ihnen der Almanach des Verbandes zugesandt werden möchte. Noch niemals ist das Lob des Almanachs so zahlreich und so warm erklingen wie in diesen Feldbriefen; mancher Kollege unter unseren Feldgrauen schreibt so, als ob es keine größere Freude auf der Welt für ihn gäbe, als möglichst bald in den Besitz des geliebten Taschenbuches zu ge-

langen. Bisher konnten diese Wünsche noch sämtlich erfüllt werden.

Auch manche anschauliche Schilderung des Kriegslebens draussen enthalten diese vielen Briefe. Leider kann wir sie, des beschränkten Raumes halber, nicht veröffentlichen, nur dieser eine Auszug möge hier Platz finden: „Ich habe gestern hier im Walde Gelegenheit gehabt, eine Gräbnisstätte der Gefallenen zu sehen. Schlicht und einfach war die Einfassung dieser Stätte, an deren Eingang die Widmung angebracht ist:

Ueberstanden ist die Hölle  
 Der Granaten und Schrapnelle,  
 Nun schilft Mutter Erde Euch,  
 Durst und Hunger, Frost und Fieber,  
 Sturm und Regen sind vorüber,  
 Mutterchoß ist warm und weich.

Zahlreiche deutsche Kameraden, vereint mit Franzosen und Spaniern, ruhen auf diesem Waldfriedhof. Und die Weißen besagen alles, wie es hier draussen zugeht.“

Wöge bald der Friede in alle Lande zurückkehren, und eine glücklichere Zukunft für die Völker dieser blutigen Erde ersprießen — auch für die Arbeiterklasse.

**Friedensbestrebungen der amerikanischen Arbeiter.**

Von dem New-Yorker Gewerkschaftskartell ging dem Deutschen Legation vor kurzem nachstehendes Telegramm zu: „Die amerikanische Arbeiterbewegung will nicht länger indifferent bleiben gegenüber dem Konflikt, der jetzt Europa verwißt. Das Groß-New-Yorker Gewerkschaftskartell (C. F. U. of N.-Y.) als Vertreter von über 300 000 organisierten Männern und Frauen hat beschlossen, den organisierten Arbeitern der ganzen Welt die unbedingte Notwendigkeit klarzumachen, energisch und zugleich die Arbeit zur Beendigung des Krieges aufzunehmen. Wir zweifeln nicht, daß die Arbeiter es in der Hand haben, dieses Ziel zu erreichen. Wir beabsichtigen, eine Delegation aus der Vertretung der organisierten Arbeiterschaft Amerikas in dieser Mission zu senden. Die erste Massenversammlung, welche eine solche Aktion fördern soll, wird am 15. April in der „Cooper Union Halle“ stattfinden. Wir sind von keinerlei Vorurteil und Haß oder Antipathie befeelt. Wir sind nun von einem Gedanken hierbei geleitet, und der ist, daß der Friede wiederhergestellt werden und die Arbeit der gegenseitigen Zerstörung beendet werden muß. Wir erwarten Ihre volle Mitarbeit und hoffen, von Ihnen zu der Zeit zu hören.“

Ernest Bohm, Sekretär.

Es gibt wohl keinen organisierten Arbeiter, der nicht den sehlichsten Wunsch hat, das gewaltige Völkerringen beendet zu sehen. Das dankenswerte, wohlgemeinte Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft New Yorks dürfte trotzdem kaum Erfolg haben. Bis jetzt ist es leider in den am Krieg beteiligten Ländern allein die Arbeiterschaft Deutschlands, die geschlossen durch ihre berufene Vertretung im Parlament bereits zum dritten Male erklärte, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarnölkern ermöglicht.

**Gestorbene Mitglieder.**

Max Neumann, Holzarbeiter, 21 Jahre alt, gest. in Witt.

Udo Brenneke, Tischler, 61 Jahre alt, gest. in Magdeburg.

Carl Köhn, Tischler, 46 Jahre alt, gest. in Magdeburg.

Franz Bucher, gest. in Rempten.

Margarete Härl, Fingelmachern, 44 J. alt, gest. in Nürnberg.

Ernst Hoffmann, Klavierarbeiter, gest. in Eisenberg.

Rupert Albus, Schreiner, 41 Jahre alt, gest. in Speisingen.

Bruno Jähmig, Knopfmacher, 41 Jahre, gest. in Großtöbnitz, Kreis Schmolln.

Max Erler, Knopfmacher, 32 Jahre alt, gest. in Schmolln.

Herrn Röhricht, Tischler, 64 Jahre alt, gest. in Celle.

Wenzel Bauer, 36 Jahre alt, gest. in Wüsbau.

Ehre ihrem Andenken.

**Tüchtige Tischlergesellen** sowie einen **Polierer** stellt ein **Kastenerburger Möbelfabrik Kurt Siebert, Kastenberg, Ostpr.**

**Tischlergesellen** stellt von gleich ein und erbitten schriftliche Meldungen an **Gedr. Hoppe, Dampfzählschleifer, Apenburg, Ostpr.**

**Tüchtiger Stahlbauer** wird sofort für gute Stühle eingestellt. Mindestlohn 50 Pf. bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit. **Verleiher Berlin f. Niederlässische Sandwerkstatt Heintz Dröger, Harfeld i. Han.**

**2 tüchtige Stahlbauer** per sofort gesucht. Meldungen an die **Balderische Stahlfabrik G. m. b. H. Reuzerthausen i. Balde.**

**Tüchtiger Drechsler** sofort gesucht. Reise kann ev. vergüt. werden. **Job. Drakentberg, Kiel, Heilheidsstr. 21.**

**Graniti-Drechsler** auf Füllfederhalter verfertigt eingearbeitet, für dauernde lohnende Arbeit sofort gesucht. **Siebert & Löwen, Elberfeld.**

**Tüchtige Hartgummidreher**, auf Sicherheits-Füllhalter geübt, sucht **Simple Füllfeder Ges., Hamburg 6.**

**30 bis 40 Korbmacher** auf Munitionsförb 98, rein aus Weide, oben anstatt Rolle einfacher Zuschlag, Stücklohn M. 2,25 pro Rumpf, stellt sofort ein. Auswärtigen nach vierteljähr. Arbeit Reisegeldvergütung. **A. Schmidt, Seegefäß h. Spandau, Schaarenbergstr. 5.**

**Geldmäße Korbweiden für Geldhokörbe.** Es sind 20 Waggons in Längen von zirka 1,20 m bis 1,80 m preiswürdig abzugeben. **J. M. W. Heitmann, Hamburg 4 Korbweidenlager.**

**Korbmacher** auf Gefchloßkörbe bei hohem Verdienst stellt sofort ein **E. Schiefinger & Co., Berlin D., Krautstraße 4/5.**

**Korbmacher** auf Spitzgranatenkörbe (aus Rohr) sofort gesucht **Bohnack & Co., Bremen, Gewerbeschulstr. 47.**

**20 Korbmacher** auf 10-cm-Patronenkörbe, Munitionsförbe (98er) und 15- und 21-cm-Transportkörbe auschl. Panngrenaten, sucht sofort **Otto Busch, Gisleben.**

**Korbmacher** können bei ihrer genauen Adresse an uns Vorteile erzielen. **E. Fagelberg & Co., Bismarck 9 (Nheinld.)**

**Korbmacher** für 98er Munitionsförbe sofort gesucht. **Oskar Anding, Berlin, Neue Roßstraße 8.**

**3 tüchtige Korbmacher** auf geschlagene Arbeit für sof. gesucht. Dauernde Stellung. **Johann Fall, Rostock, Medlb.**

**Korbrohr.** Ein größeres Quantum Korbrohr, zirka 6 1/2 mm, ebenfalls Rohr, Korbschienen und Reddighrohr preiswürdig. **J. M. W. Heitmann, Hamburg 4.**

**2 tüchtige Korbmacher** auf Matt oder Gefchlagen stellt sofort für dauernd ein. Reise wird vergütet. **Albin Heintze, Robitz bei Altenburg.**

**Korbmacher** auf Gefchloßkörbe gesucht. **Gedr. Wolf, Bernburg.**

**15 bis 20 Korbmacher**, welche auf Kartusch- und Granatenkörbe gut eingearbeitet sind, stellt noch ein **Heintz Franke, Mürenberg, Auf. Gulzbacherstr. 10.**

**15 Korbmacher** auf 98er edige Gefchloßkörbe sofort gesucht. **Erzgebirgische Korbwarenfabrik Neutirchen, Erzgebirge.**

**20 Waggons ungeschälte Korbweiden für Geldhokörbe** trockene, ungeschälte, in Längen von zirka 1,20 m bis 1,50 m, mit Draht fest gebündelt, preiswürdig zu verkaufen. **J. M. W. Heitmann, Hamburg 4.**

**Korbmacher** auf Gefchloßkörbe stellen noch ein **Calm & Ahlfeld, Bernburg.**

**Korbmacher** auf alle vorkommenden Arten beiten gesucht. **Ernst Rothbart, Straßund.**

**50 Korbmacher** auf Feldminenkörbe, 13-cm-Kartuschkörbe und Munitionsförbe 98 sucht **Georg Wicht, Rohrwarenfabrik, Gisleben.**

**10 bis 15 Korbmacher** auf Grinngeschlagen bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. **Paul Pfeiffer, Korbmacher, Wittenberge, Steinstr. 26. Gewandter**

**Bürstenholz-Bohrer** findet dauernde Stellung. Anfangslohn stündlich 50 Pf. **J. G. Roth, Ravensburg (Württemberg), Pinselabrill.**

**Tüchtiger Nagler** für Holzpantoffeln bei gutem Lohn zum baldigen Antritt gesucht. **Curt Pöhler, Holzpantoffelfabrik, Raumburg a. Saale.**

**Werkzeug-Neuheiten** jeder Art. Jeder verlange sof. gratis u. fr. Preislisten von **Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Straße 31.**

**Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.**  
 Bezwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

**Wochenbericht vom Sonnabend, 24. April, bis Freitag, 30. April 1915.**  
 A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.  
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauhölzer			Möbelhölzer			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
	Berlin ..	15	185	77	245	56	6	66	48	85	6	9	236	10	175	438	16	76			
Bremen ..	5	27	5	5	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	12	2	34				
Breslau ..	2	16	8	4	1	—	5	—	7	—	—	1	5	8	16	—	41				
Celle ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Eisenburg ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	—	50				
Forst ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Hamburg ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Hannover ..	6	55	3	15	1	—	5	—	—	—	—	5	—	15	15	—	98				
Herford ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Leipzig ..	10	40	33	126	7	—	26	4	30	—	2	1	4	22	58	2	245				
Lübeck ..	5	5	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6				
Zusammen	43	338	127	2 399	65	6	103	53	129	6	2	11 251	10	270	545	20	1 250				
Bor. Woche	46	4	400	153	14	455	59	3	112	49	2	1 444	8	1	12 289	7	312	606	31 143		

NE. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.